



Übersicht

Landtagswahl Niedersachsen am 9. Oktober 2022

Berlin, 13. September 2022

Am 9. Oktober 2022 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Bislang zeichnet sich ab, dass es bei der Landtagswahl ein enges Rennen zwischen der SPD, der CDU und den Grünen geben könnte. Diesen Schluss lassen zumindest aktuelle Umfragen zu¹. Die Parteien setzen im Wahlkampf und in ihren Wahlprogrammen verschiedene Schwerpunkte, aber haben dennoch viele ähnliche Schnittmengen beim Thema Digitalisierung. Das folgende Dokument gibt sowohl einen Überblick über die aktuelle politische Situation in Niedersachsen, Informationen zur Wahl und Zusammenfassungen der wichtigsten Punkte aus Sicht der Internetwirtschaft aus den Wahlprogrammen der Parteien für die Landtagswahl.

Überblick

1. Ausgangslage
2. Spitzenkandidaten
3. Wahlprogramm der SPD
4. Wahlprogramm der CDU
5. Wahlprogramm der Grünen
6. Wahlprogramm der FDP

1. Ausgangslage

Bei der Landtagswahl 2017 gewann die SPD an Stimmen hinzu und wurde mit 36,9 Prozent stärkste Partei, gefolgt von der CDU mit 33,6 Prozent. Grüne und FDP verloren an Zustimmung, wurden aber erneut dritt- bzw. viertstärkste Kraft im Landtag (SPD: 36,9 %, CDU: 33,6 %, Grüne 8,7 %, FDP 7,5%, AfD 6,2%). Durch die Verluste der Grünen verlor die rot-grüne Landesregierung ihre Mehrheit und wurde durch eine rot-schwarze Koalition aus SPD und CDU ersetzt. Stephan Weil (SPD) blieb Ministerpräsident.

2. Spitzenkandidaten

SPD: Stephan Weil

CDU: Bernd Althusmann

GRÜNE: Christian Meyer, Julia Hamburg

FDP: Stefan Birkner

¹ <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/niedersachsen.htm>



3. Wahlprogramm der SPD²

Die SPD in Niedersachsen will für eine Wirtschaft sorgen, die allen nutzt, für Bildung, die allen Chancen bringt, für Sicherheit, die alle stärkt, und für einen Staat, der für alle Zukunft schafft. Klimaschutz und Digitalisierung werden von der SPD als große gesellschaftliche Herausforderungen angesehen. So hat sich die Partei in ihrem Programm vorgenommen, bis zum Jahr 2040 den Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu decken und bis 2025 dafür zu sorgen, dass alle Haushalte in Niedersachsen mit einem Gigabit-Netzanschluss abgedeckt sind. Außerdem will sich die SPD stärker auf Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung fokussieren, wie Automobile und Mobilität, erneuerbare Energien und Wasserstoff, Digitalisierung sowie Land- und Ernährungswirtschaft.

Im Detail sieht das Programm der SPD folgende Punkte vor:

Digitale Infrastrukturen

Der Ausbau von Glasfasernetzen bis ins Haus bzw. in die Wohnung (FTTH) ist für die SPD von größter Bedeutung. Um die optimale Versorgung zu gewährleisten, will die SPD mit Kommunen und Anbietern ein Mapping mit konkreten Lösungen für Gebiete ohne realistische privatwirtschaftliche Ausbauperspektive erarbeiten. Die SPD unterstützt ein bundesweites Förderprogramm ohne Aufgreifschwelle, wobei der Ausbau unterversorgter Gebiete weiter Priorität hat.

Das Prinzip des Open Access, also des wechselseitigen Zugangs der (Mobilfunk-)Netze, soll umgesetzt werden. Betreiber, die sich für den Ausbau auch in ländlichen Regionen engagieren, sollen belohnt werden und dafür gesorgt werden, dass der ineffiziente Doppelausbau von Netzen in lukrativen Gebieten der Vergangenheit angehört. Die SPD will zudem öffentliche Mittel zur Förderung des Ausbaus längerfristig planbar und zeitlich gestaffelt zur Verfügung stellen.

Sie strebt außerdem flächendeckende 5G-Versorgung und bei der Entwicklung der nächsten Mobilfunkgeneration (6G) für Niedersachsen eine Vorreiterrolle an.

Daten

Gemeinsam mit Partner:innen aus den Kommunen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft will die SPD bestehende Daten-Flaschenhälse identifizieren und sicherstellen, dass alle Daten, die von der Allgemeinheit geschaffen werden, beispielsweise im Transportbereich, auch zum Wohle aller eingesetzt werden können. Das Teilen von Daten auch aus der Privatwirtschaft soll vorangetrieben und dies aktiv nach dem Open-Data-Prinzip gefördert werden.

Digitalisierung der Verwaltung

Die SPD setzt auf eine breite und umfassende Digitalisierungsstrategie in der Verwaltung. Sie setzt sich für eine bürgernahe und effiziente öffentliche Verwaltung ein. Darüber hinaus

² https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/06/SPD_NDS_LTW_Regierungsprogramm_2022-2022_K2.pdf



soll die digitale Infrastruktur so ausgebaut werden, dass jede:r Bürger:in problemlos Zugang zu den Online-Leistungen der Verwaltung hat.

Zur Beschleunigung von Planungsprozessen und zur besseren behördenübergreifenden Zusammenarbeit will die SPD digitale Plattformen schaffen.

IT-Sicherheit

Die Sicherheit der Daten der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen muss beim Einsatz von IT-Systemen gewährleistet werden. Dazu soll die Datensicherheit unter Einbeziehung von Kommunen und der kritischen Infrastruktur erhöht werden.

Die Zentralstelle für Informationssicherheit soll zu einem robusten Cybersicherheitszentrum ausgebaut werden und noch enger mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, der mittelbaren Landesverwaltung und den Kommunen zusammenarbeiten. Bürger:innen sollen durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote und Digitallotsen bei der Teilhabe an den neuen Technologien unterstützt und für Gefahren durch Cyberangriffe sensibilisiert werden.

Die SPD will eine grundsätzliche Erhebung des Zustands öffentlicher IT-Systeme durchführen. Im Programm plant sie, dauerhaft die Kapazitäten des Landes Niedersachsen für das Monitoring von Cybersicherheitsrisiken und die schnelle Reaktion auf Cyberangriffe in den Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden zu stärken.

Innere Sicherheit und Bürgerrechte im Netz

Zur effektiven Verfolgung von Straftaten im Internet wird die SPD verfassungskonforme Lösungen einsetzen, wie z. B. die sogenannte Login-Falle. Darüber hinaus sollen nach Willen der SPD zusätzliche behördliche Kapazitäten wie Cyberermittler für die strafrechtliche Verfolgung und die Löschung von bereits bekannten illegalen Inhalten geschaffen werden.

Die Polizei soll weiter modernisiert und eine Digitalisierungsoffensive gestartet werden. Für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz will die SPD die technischen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Polizei bei der Auswertung der Daten stärker entlasten. Den Ermittlerinnen und Ermittlern im Bereich der Bekämpfung von Kinderpornografie sollen für die besondere Belastung eine Erschwerniszulage von bis zu 300 Euro monatlich gezahlt und psychosoziale Unterstützungsangebote verpflichtend angeboten werden.

Die Digitalisierung der Justiz will sie beschleunigen.

Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) und verwandte algorithmische Systeme sind digitale Schlüsseltechnologien, deren Einsatz in Niedersachsen Chancen, aber auch Risiken birgt. Für den Einsatz von KI in der Arbeitswelt bedarf es nach Ansicht der SPD Verfahren für die Folgenabschätzung im Betrieb sowie Regelungen, die dem besonderen Schutzbedürfnis von Beschäftigten und der Möglichkeit kollektiver Interessenvertretung gerecht werden. Arbeitnehmer:innen sollten eingebunden werden, bevor KI-Systeme in ihrem Arbeitsbereich eingesetzt werden. Auch Entscheidungen, die die berufliche, gesundheitliche oder finanzielle Existenz von Menschen oder Grundrechte betreffen, dürfen nicht nur durch Algorithmen getroffen werden, sondern müssen in menschlicher Verantwortung stehen und überprüfbar sein.



Gründer, Start-ups & Unternehmen

Die SPD will in Regierungsverantwortung die Start-up-Initiative unter Beteiligung des Start-up-Beirates weiter ausbauen und mit einem Wachstumsfonds unterstützen. Gründungsstipendien sollen auf zehn Monate verlängert werden. Start-ups mit einem Fokus auf Klimaschutz und soziale Neuerungen sollen durch spezifische Fördermittel Schwung verliehen werden.

Mobilität

Die SPD will sich zusammen mit den Kommunen, den Stadtwerken und der Energiewirtschaft für einen Ausbaupakt „Neue Mobilität“ einsetzen und so bis spätestens 2030 den flächendeckenden Ausbau einer Ladeinfrastruktur für E-Autos organisieren.

Energie und Klima

Die erneuerbaren Energien müssen noch schneller ausgebaut werden. Für das Gelingen der Energiewende braucht es nach Ansicht der SPD zwingend schlankere und beschleunigte Genehmigungsverfahren. Niedersachsen soll möglichst bis 2040 klimaneutral sein. Die Gesamtemissionen will eine SPD-geführte Regierung bis 2025 um mindestens 50 Prozent, bis 2030 um mindestens 75 Prozent, bis 2035 um mindestens 90 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Beim Ausbau der Windenergie an Land werden wir hierzu im Klimagesetz ein verbindliches Flächenziel von 2,1 Prozent und bei der Freiflächen-PV in Höhe von 0,5 Prozent vorgeben.

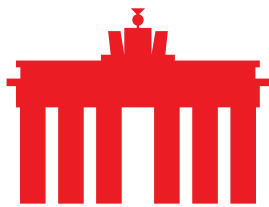
Zusammen mit der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur ist die Netzwerkdurchleitungsgebühr zu senken und für Nachbarschaftsstrom abzuschaffen. Für öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen und innovative Projekte zur CO₂-Einsparung soll ein Klimafonds eingerichtet werden, über den eine dauerhafte und mehrjährige Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen abgesichert wird.

Für die SPD ist es ebenfalls wichtig, die positiven Potenziale der Digitalisierung für den Klimaschutz zu heben und ihre negativen Auswirkungen, soweit möglich, zu begrenzen. Sie will zukünftig die Klimadimension bei der Digitalgesetzgebung mitdenken und dafür Sorge tragen, dass Einsparungspotenziale und Effizienzsteigerungen ausgereizt werden. Sie unterstützt das Vorhaben auf Bundesebene, alle neuen Rechenzentren in Deutschland ab 2027 klimaneutral zu betreiben. Zusätzlich wird sie Fördermaßnahmen für die Energieeffizienzsteigerung niedersächsischer Datenzentren und digitaler Infrastruktur entwickeln. In der Landesverwaltung wird ein zentralisiertes neues Rechenzentrum energieeffizient umgesetzt werden.

Bildung & Arbeit

Die SPD will im Bereich Arbeit ein Fachkräfteservicecenter etablieren, das als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen zu Fragen der Personalrekrutierung und Mitarbeiterbindung dienen. Das Angebot an Studienplätzen in den informatik- und kommunikationswissenschaftlichen Fächern sowie der Robotik soll weiter ausgebaut werden.

Jede:r Arbeitnehmer:in und jede:r Selbstständige soll die Potenziale und Chancen der Digitalisierung individuell voll ausschöpfen. Deshalb setzt sich die SPD auf Bundesebene für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung bei Fragen der Digitalisierung ein. Dazu will



sie Weiterbildungsangebote und Technologieberatung für Betriebs- und Personalräte fördern, damit die Potenziale der Digitalisierung für eine Aufwertung von Arbeit genutzt werden können.

Die IT-Kompetenzen innerhalb der Landesverwaltung werden wir noch stärker bündeln.

Medienbildung für die Schüler:innen soll gestärkt werden und die Teilhabe für alle ermöglicht werden. Dabei soll digitale Lernmittelfreiheit für Niedersachsen angestrebt werden, die die entsprechenden Endgeräte und die Bereitstellung von inhaltlichen Angeboten umfassen soll. Zudem strebt die SPD die flächendeckende Einführung des Unterrichtsfachs Informatik an weiterführenden Schulen an.

4. Wahlprogramm der CDU³

Unter dem Motto „Niedersachsen springt weiter“ setzt sich die CDU Ziele für ihr Regierungsprogramm. Die CDU möchte Niedersachsen in den nächsten fünf Jahren voranbringen, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, moderne Verwaltung, Finanzpolitik und Mobilität.

Im Detail plant die CDU:

Digitale Infrastruktur

Die CDU will nach dem Erfolg des Masterplans Digitalisierung den Ausbau der digitalen Infrastruktur fortsetzen. Gegenüber dem Bund will sie sich dafür einsetzen, Investitionshindernisse für den Breitbandausbau im ländlichen Bereich zu reduzieren und den flächendeckenden 5G-Ausbau in ganz Deutschland zu forcieren. Die Kommunen sollen weiterhin finanziell beim Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie der Beseitigung weißer und grauer Flecken unterstützt und eine Finanzierungsquote von 25 Prozent im Landeshaushalt abgesichert werden. Niedersachsens Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit soll durch den zügigen Ausbau des Glasfaser- und Highspeednetzes gestärkt werden.

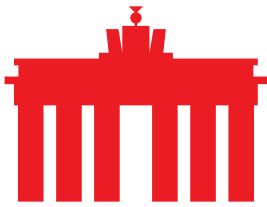
Das Markterkundungsverfahren will die CDU weiterentwickeln, um eine höhere Verbindlichkeit der Ausbauzusagen der Industrie zu erreichen.

Sie wird vom Bund fordern, dass die Telekommunikationsunternehmen die Auflagen aus Frequenzversteigerungen einhalten. Außerdem soll das Telekommunikationsgesetz zu einem robusten Anspruchsrahmen werden, damit leitungsgebundene und mobile Infrastruktur zusammengedacht werden.

Digitaler Staat

Der Aufbau und die Pflege der einheitlichen IT-Infrastruktur für Land und Kommunen sowie die Aufgaben- und Strukturüberprüfung sollen nach dem Willen der CDU an einer Stelle konzentriert werden. Sie will sich daher dafür einsetzen, ein neues Ministerium für den Aufbau und die Umstellung der IT-Infrastruktur, verbunden mit dem weiteren Ausbau der Leitungsinfrastruktur in Niedersachsen zu schaffen. Dieses Ressort soll die umfassende Zuständigkeit für die IT-Infrastruktur des Landes und der Kommunen erhalten und über

³ https://cdu-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/07/Regierungsprogramm_2022-2027_web.pdf



Ressortgrenzen hinweg eine funktionable, sichere und zuverlässige IT-Infrastruktur für Kommunen und Land aufbauen

Der Weg zur digitalen Verwaltung in Niedersachsen erfordere umfassende Anstrengungen, damit die Verwaltung und ihre Prozesse auf allen Ebenen des Staates digitalisiert werden können. Die moderne digitale Verwaltung muss nach Ansicht der CDU insgesamt deutlich anders aufgestellt sein als bisher. Deshalb brauche es eine ehrliche Aufgabenkritik und klare politische Vorgaben für die „Niedersächsische Verwaltung 2030“.

Bildung & Medien

Digitale und mediale Kompetenzen und Besuche außerschulischer Lernorte sollen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Die CDU will die MINT-Förderung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) weiterentwickeln und vorantreiben, unter anderem durch Schülerforschungslabore und Kooperationsmöglichkeiten mit lokalen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Hochschulen. Zudem soll das Pflichtfach Informatik früher eingeführt werden.

Die CDU will die Umsetzung einer bundesweiten, digitalen Bildungs-ID für jede Schülerin und jeden Schüler vorantreiben, um das Management von Noten, Berichten und Qualifikationen auch bei Schul- und Länderwechseln einfach und unbürokratisch zu gestalten.

Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern sollen für den richtigen Umgang mit Medien sensibilisiert werden und zusammen mit den Medienanstalten diskutiert werden, wie effektiv gegen Cybergrooming im Netz vorgegangen werden kann.

Bürgerrechte und Innere Sicherheit

Die CDU setzt sich zudem für eine bessere digitale Ausstattung der Polizei ein. Es soll eine klare Regelung für einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Bundesländern geschaffen werden. Datenschutz darf hier für die CDU kein Hindernis sein. Die CDU will auch den Kinderschutz klar vor Datenschutz stellen. Alle Akteure müssen relevante Daten jederzeit austauschen dürfen. Künstliche Intelligenz soll bei der Auswertung und Filtern von Datenmaterial unterstützend eingesetzt werden. Ermittlerinnen und Ermittler können somit schneller gegen Straftaten vorgehen und werden bei der Auswertung von Missbrauchsbildern von Kindern erheblich besser unterstützt. Die CDU will das Verfassungsschutzgesetz grundlegend überarbeiten mit dem Ziel, den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden zu verbessern, überflüssige Datenschutzregelungen zu streichen und die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung zu erweitern (u. a. Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung).

Es soll in die IT-Infrastruktur der Polizei investiert werden und die Datenverarbeitung mittelfristig in Form einer Cloudlösung durch einen IT-Dienstleister ausgeführt werden, der alle Sicherheitsanforderungen erfüllt und bei dem alle Anwendungen zentral und integriert laufen.

IT-Sicherheit

Die CDU will ein Landesamt als Kompetenzzentrum zur Bekämpfung von Netz- und Cyberkriminalität einrichten und die Kompetenzen für den Schutz der IT-Netze im neuen



Landesamt zentralisieren. Dieses Landesamt soll als Partner des Bundesamtes für Informationstechnik des Bundes agieren. Zudem soll ein Cybersicherheitsrat auf Landesebene mit Vertretern aller Landessicherheitsbehörden und der Landes-IT sowie Vertretern der kritischen Infrastruktur für die fortlaufende und fachkundige Beratung der Landesregierung gegründet werden. Dieser soll ein umfassendes Konzept für den Schutz der digitalen Infrastruktur entwickeln.

Daten

Die vielfältigen Daten der öffentlichen Hand, insbesondere die nicht personenbezogenen Daten, sollen zur Nutzung durch Dritte im Rahmen des Datenschutzes aufbereitet und für Forschung und Innovation zugänglich gemacht werden.

Die niedersächsische Datenstrategie, KI-Strategie und verwandte Strategien sollen regelmäßig evaluiert und unter dem Dach der Innovations- und Transferstrategie gebündelt werden.

Um der wachsenden Bedeutung datengetriebener Schlüsseltechnologien und Forschungsvorhaben Rechnung zu tragen, setzt sich die CDU für eine praxisorientierte Weiterentwicklung von Datenschutz, Datensicherheit und Datenethik ein. Hier will sie eine Niedersächsische Daten- und Forschungsethikkommission berufen, die unabhängig arbeitet und politische sowie gesellschaftliche Fragen mit ihrer Expertise begleitet.

Start-up Förderung

Niedersachsen soll nach Willen der CDU das führende Gründungs- und Innovationsland in Deutschland werden. Die Start-up-Zentren Niedersachsens sollen daher mit mehr Kapital ausgestattet werden. Das Start-up-Netzwerk für Niedersachsen soll zu einem Gründerkompetenzzentrum weiterentwickelt und für strategisch bedeutsame Bereiche und Schlüsseltechnologien hochprofessionelle, eigenständige Agenturen mit spezialisierten weiteren Start-up-Zentren geschaffen werden.

Klima und Energie

Niedersachsen soll zum Solarland fortentwickelt werden, um mehr Photovoltaik- und Solarthermieanlagen in die Fläche zu bringen. Unternehmen will die CDU beim Einsatz von Green-IT beratend zur Seite stehen. Gerade die Digitalisierung kann Ressourcen schonen und Energie sparen – beispielsweise durch digitale Videokonferenzen statt Dienstreisen. Zur Beschleunigung der Planungen und Genehmigungen soll auf Landesebene eine zentrale Stelle aufgebaut werden, die die Behörden vor Ort unterstützt, die Genehmigung überregionaler Projekte übernimmt und die Umsetzung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien priorisiert, beschleunigt und überwacht. Genehmigungsverfahren sollen konsequent digitalisiert werden.



5. Wahlprogramm der Grünen⁴

Die Grünen wollen Niedersachsen so schnell wie möglich klimaneutral machen und die erneuerbaren Energien massiv ausbauen. Die Wertschöpfung im Land soll durch die Transformation der Wirtschaft nachhaltig gesichert, die Potenziale von Wissenschaft, Innovation und Digitalisierung genutzt, die Bildung modernisiert und in Daseinsvorsorge investiert werden.

Im Detail sieht das Programm der Grünen vor:

Digitale Infrastrukturen

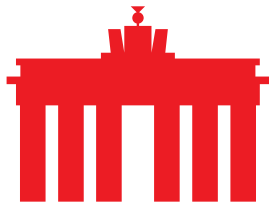
Ziel der Grünen ist daher eine gute digitale Infrastruktur in allen Teilen des Landes. Zusammen mit der Wirtschaft wollen sie überflüssige Regelungen, Doppel- und Mehrfacherfassungen und Kontrollen, unzureichende Personalausstattungen in Behörden sowie unklare Zuständigkeiten identifizieren und sie gemeinsam abbauen. Ziel ist es, auch die letzten weißen Flecken ans Netz zu bringen. Daher werden sich die Grünen auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die entscheidenden Weichen für einen flächendeckenden Glasfaseranschluss und schnelles mobiles Internet gestellt werden. In Niedersachsen müssen Land, Kommunen und Netzanbieter Hand in Hand arbeiten, um neue Modelle zum Ausbau und zur Sicherstellung einer angemessenen Breitband- und Mobilfunkversorgung auf den Weg zu bringen. Dazu wollen die Grünen in Niedersachsen eine Landesnetzgesellschaft schaffen, die Kommunen dort unterstützt, wo durch Marktmechanismen kein ausreichender Netzausbau erreicht werden kann.

Klima & Energie

Die Grünen wollen Niedersachsen mit Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz schnell von fossilen Importen unabhängig machen und auf den 1,5-Grad-Pfad bringen. Ziel ist Klimaneutralität bis 2035. Auch die Stromproduktion in Niedersachsen will sie bis 2030 möglichst vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Alle Klimaziele und die nötigen konkreten Maßnahmen werden in einem Landesklimagesetz verankert. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei der Energieeffizienz, beim Netzausbau und vielem mehr deutlich schneller werden. Dafür sind Transparenz und eine intensive Beteiligung von Bürger:innen und Verbänden zu Beginn von Planungen.

Digitalisierung soll so gestaltet werden, dass sie dem Klima nützt, anstatt die Klimakrise weiter anzufachen. Mit einer Green-IT-Strategie wollen die Grünen dafür sorgen, dass alle Digitalisierungsprogramme und -anstrengungen des Landes klimaneutral werden. Außerdem möchten sie den Um- und Ausbau von CO₂-neutralen Rechenzentren voranbringen, die Abwärme nutzen bzw. deren Abwärme genutzt wird und die mit erneuerbarem Strom gespeist werden. Beim Ausbau schnellen Internets setzen sie sich für Energieeinsparungen ein, indem dieser vor allem über Glasfaser und 5G erfolgt.

⁴ https://www.gruene-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/08/Wahlprogramm_barrierefrei.pdf



Start-up Förderung

In enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Wirtschaftsförderung wollen die Grünen Gründer:innen insbesondere in der Aufbauphase entlasten. Das Gründer:innenstipendium der Investitions- und Förderbank Niedersachsen wollen die Grünen ausbauen.

Bildung

Die Grünen wollen, dass alle Beschäftigten ihr Wissen und ihre Kompetenzen regelmäßig erweitern können und von der Digitalisierung profitieren. Sie wollen dazu

beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts schneller an den Schulen ankommen.

Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, dass Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher und attraktiver machen kann.

Bürgerrechte im Netz & Innere Sicherheit

Im Zuge der Modernisierung wollen die Grünen auch die rechtlichen Grundlagen der Polizeiarbeit überarbeiten, insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische Polizeigesetz. Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir vollständig umsetzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum sollen klare und transparente Regeln geschaffen werden, um die Rechte jedes Einzelnen zu schützen. Hierzu zählen für die Grünen insbesondere ein öffentliches Videokataster und genau festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden. Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und dem öffentlichen Interesse an Information, wollen die Grünen den Reformprozess des Verfassungsschutzes fortsetzen.

6. Wahlprogramm der FDP⁵

Die FDP in Niedersachsen will das Land in die Lage versetzen, den Menschen bei den Veränderungen der Zukunft beiseitezustehen.

Im Detail plant die FDP:

Digitalpolitik

Nach Ansicht der FDP muss es in der Landesregierung ein Digitalministerium geben, das sowohl für den Teil der Infrastruktur, die Regulierung, die Datensicherheit, die digitale Verwaltung und auch die technische Ausstattung der Verwaltung zuständig ist. Durch die bisherige Aufteilung der Aufgaben gibt es unnötige Kompetenzfragen und ein Abschieben von Verantwortung.

Digitale Infrastrukturen

Die FDP fordert einen Mobilfunkpakt, in dem gemeinsam mit den Anbietern und den Kommunen die notwendigen Glasfaser-Ausbaukorridore für die weißen Flecken ermittelt

⁵ <https://fdp-nds.de/landtagswahlprogramm>



werden. Diese werden dann durch Förderprogramme gezielt geschlossen und die Mobilfunkinfrastruktur errichtet – nutzbar für alle Anbieter, entweder durch Förderung oder als Eigenausbau. Bei der Genehmigung neuer Standorte wollen wir durch pauschalierte Standards und Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung zügiger agieren.

Darüber hinaus will die FDP mit den Anbietern über regionale Roaming- Konzepte verhandeln. Niedersachsen braucht nach Ansicht der FDP bis 2025 überall schnelles Internet durch Glasfaser. Außerdem sollen alle Gebäude des Landes mit öffentlichen WLAN innen und außen ausgestattet werden.

IT-Sicherheit

Mit Blick auf die zunehmende Gefährdung von öffentlichen Einrichtungen und der Infrastruktur in Land und Kommunen durch Cyberattacken, insbesondere durch so genannte Ransomware, muss die IT-Sicherheit der öffentlichen Verwaltungen des Landes und der Kommunen gestärkt werden.

Die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfohlenen IT-Sicherheitsstandards sollen durch das Land, aber auch durch die Kommunen umgesetzt und regelmäßig durch Sicherheitsaudits überprüft werden. Für durch Cyberattacken hervorgerufene Notlagen in den öffentlichen Verwaltungen sollen praktische Handlungsanleitungen und Notfallpläne für Cyberattacken vorgehalten werden. Dafür sind die Kapazitäten des Niedersachsen-CERT auszubauen und auch präventive Beratungsangebote für die Kommunen vorzusehen.

Innere Sicherheit und Bürgerrechte im Netz

Die FDP will die Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt effektiver gestalten und dabei vor allem Kinder besser schützen. Dazu wollen wir die Polizei und die Justiz besser ausstatten und für den Umgang mit Betroffenen stärker sensibilisieren. Es braucht eine weitere Konzentration und Spezialisierung, vor allem bei der Verfolgung von Missbrauchsdarstellungen im Internet. Auf diese Weise kann Hinweisen auf Straftaten schneller und effizienter nachgegangen werden. Eine flächendeckende Einführung der richterlichen Videovernehmung kann hier zu weiteren Verbesserungen führen. Durch einen vereinfachten Zugang zu einer wohnortnahen und niedrighwelligen anonymen Spurensicherung wollen wir es den Opfern sexualisierter Gewalt ermöglichen, Beweise zu sichern.

Die FDP bekennt sich zum Recht auf Anonymität im öffentlichen – physischen und digitalen – Raum. Den Einsatz von Software zur automatisierten und massenhaften Gesichtserkennung sowie eine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums lehnt sie ab und sieht die Ausweitung privater Überwachung, die für staatliche Zwecke nutzbar gemacht wird, kritisch.

Datenschutz ist für die FDP in der digitalen Gesellschaft wichtiger denn je. Die FDP will ein Datenschutzrecht, das sich an den realen Risiken orientiert, anstatt zur mechanischen Bürokratie zu verkommen. Unterschiedliche Auslegungen der verschiedenen Landesbeauftragten für den Datenschutz im privatwirtschaftlichen Bereich müssen vereinheitlicht werden. Zudem setzt sich die FDP für eine Stärkung des Weisungsrechtes der Landesbeauftragten für den Datenschutz gegenüber den Behörden und staatlichen Verwaltungen ein.



Die FDP setzt sich für eine Überwachungsgesamtrechnung bei jedem Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht ein. Die Auswirkungen von neuen Überwachungs- und Informationserhebungsmaßnahmen müssen im Zusammenhang mit bereits bestehenden Befugnissen und Datensammlungen bewertet werden.

Digitaler Staat

Die FDP will die vollständig digitale Landesverwaltung innerhalb der kommenden fünf Jahre erreichen. Alle Verwaltungsvorgänge und Prozesse der Landesverwaltung müssen bis zum Jahr 2027 vollständig digitalisiert sein. In der Kommunikation mit den Bürger:innen will sie darüber hinaus erreichen, dass Prozesse ganzheitlich digitalisiert werden, so dass Medienbrüche vermieden werden.

Bürger:innen sollen das Recht auf digitale Kommunikation erhalten. Darüber hinaus soll das Self-Service-Angebot für sie erweitert werden. Zudem soll ein Antragstracking eingerichtet werden, durch welches die Antragstellerinnen und -steller jederzeit den Bearbeitungsstand einsehen können.

Bestehende Systeme elektronischer Aktenführung müssen zu einem einheitlichen System der digitalen Landesverwaltung zusammengeführt werden. Das Land Niedersachsen soll einen Helpdesk für Behörden aufbauen, der Behörden bei der Umsetzung von Digitalisierungsprozessen unterstützt, auch um die Akzeptanz innerhalb der Behörden selbst zu stärken.

Bürokratieabbau

Die FDP strebt einen niedersächsischen Pakt für Planungsbeschleunigung an. Sie will die Antragstellung für neue Vorhaben vereinfachen und digitalisieren. Dabei ist die Durchgängigkeit zu den Fachapplikationen sicherzustellen. Die FDP will die Digitalisierung der Justiz vorantreiben und einen zusätzlichen Senat für Raumordnungs- und Planungsrecht beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht schaffen.

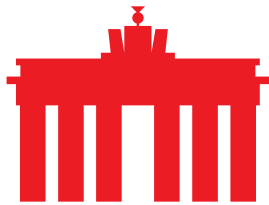
Digitale (Weiter-) Bildung

Die FDP will die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte für den Einsatz von digitalen Medien ausbauen und praxisorientierter gestalten. Wir wollen die Schulen bei der Umsetzung ihrer Medienbildungskonzepte sowohl im technischen als auch im pädagogischen Bereich unterstützen. Die digitale Infrastruktur soll so ertüchtigt werden, dass alle Anwendungen, inklusive der Verwaltungsanwendungen in Schule, webbasiert und unabhängig vom Endgerät funktionieren. Ziel der FDP ist eine digitale Plattform, die Schulen möglichst kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Die FDP will die Medienkompetenz der Lehrkräfte stärken, ebenso wie die der Schülerinnen und Schüler. Sie sollen für Datenschutz sensibilisiert, das Verständnis für die Beeinflussung durch Algorithmen gestärkt und ein Bewusstsein für Cybermobbing geschaffen werden.

Umwelt und Klima

Die FDP in Niedersachsen setzt sich für einen Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der lokalen Umstände ein.



Mobilität

Um Veränderungen und Erwartungen im Bereich der Mobilität, in Teilen auch disruptiven Prozessen, ausreichend Rechnung tragen zu können, müssen bestehende Verkehrsinfrastrukturen angepasst und modernisiert werden, müssen neue Infrastrukturen (z.B. 5G, 6G, WLAN, Satellitensysteme, unterschiedliche Start- und Landeplätze) aufgebaut werden und die Grundlage für datenbasierte Mobilitätsangebote und -lösungen geschaffen werden. Die FDP will eine zukunftsweisende inter- und multimodale, weg- und zeitoptimierte, umweltfreundliche, preiswerte und sichere Mobilität auf der Basis von Quanten- und Cloudcomputing, KI-Systemen, Blockchain-Technologie und Sharing-Economy ermöglichen.

Über eco: Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.